

Protokolleintrag vom 12.12.2012

2012/481

Erklärung der AL-Fraktion vom 12.12.2012: Voranschlag (Budget) 2013

Namens der AL-Fraktion verliest Alecs Recher (AL) folgende Fraktionserklärung:

Zürich muss sich auf das Wesentliche konzentrieren:

Trotz rekordhohen Erträgen aus Liegenschaftengeschäften (+51 Mio) und wacker sprudelnden Sondererträgen - + 45 Mio wegen der Reduktion der Verzinsung der Guthaben der Gemeindebetriebe, + 30 Mio wegen der Senkung der Schwankungsreserven der Flughafenaktion, + 40 Mio wegen den Rüschi-Konzer Glasenberg-Millionen, + 6 Mio wegen zusätzlichen Entnahmen aus den Erneuerungsreserven der Liegenschaftenverwaltung hat der Stadtrat einen Voranschlag mit einem Ausgabenüberschuss von 85 Millionen

Franken vorgelegt. Wer die Zahlen ernst nimmt kommt nicht um die immer drängendere Feststellung herum, dass sich auch Zürich nicht alles leisten kann.

Wie in früheren Jahren drängt die AL deshalb auf finanzpolitische Weichenstellungen, die Gewähr dafür bieten, dass dem Wichtigsten Priorität eingeräumt wird.

- Dazu gehört der Ausbau der Infrastruktur für die wachsende Bevölkerung. Die Verkehrs-Erschliessung der boomenden Stadt(rand)quartiere, der Bau von Schulhäusern, Betreuungseinrichtungen und Quartierinfrastruktur (Treffpunkte, Plätze und Naherholungsgebiete) dürfen nicht verzögert werden.
- Dazu gehört die ausserfamiliären Betreuung im Schul- und Vorschulbereich, bei der es keine Abstriche geben darf. Mit der Reduktion der für den Ausbau der subventionierten Krippenplätze zur Verfügung stehenden Mittel um 4 Millionen geht der Stadtrat den falschen Weg.
- Dazu gehört auch die Personalpolitik. Mit der Festsetzung tiefer Fallpauschalen für die Spitäler und den Sparvorgaben für die VBZ macht der Kanton Druck auf die Löhne der unteren Einkommensgruppen. Statt diese Forderungen zurückzuweisen geht der Stadtrat in die gleiche Richtung. Die Aufweichung des Teuerungsausgleichs, die im Rahmen der SLS-Revision angekündigte Prüfung von Erhöhungen bei den leistungsabhängigen Lohnkomponenten und die bereits angedachte Erhöhung der Schere zwischen städtischen Tiefst- und Höchstlöhnen ist für die AL der falsche Weg.

Wer den Ausbau der Kinderbetreuung finanzieren, die neuen Quartiere erschliessen und Schnitte beim Personal verhindern will, muss angesichts der bestenfalls stabilen Steuererträge auch über die Einnahmen diskutieren. Die AL beantragt in dieser Budgetdebatte, die 2008 beschlossene Reduktion des Steuerfusses zurückzunehmen. Wegen den vom Kanton beschlossenen neuen Kinderabzügen werden die von einer guten Infrastruktur besonders profitierenden Familien von der Steuerfusserhöhung kaum etwas zu spüren. Für die anderen privaten und juristischen Personen stehen die Mehrbelastungen in keinem Verhältnis zum forcierten Sparkurs, den der Verzicht auf die Mehreinnahmen von jährlich knapp 50 Millionen Franken zur Folge hätte.

Wenn wir die früher oder später so oder so kommende Anpassung des Steuerfusses in dieser Budgetdebatte beschliessen, können wir den absehbaren Abbau des Eigenkapitals verlangsamen. Damit erhalten wir uns die Spielräume für Investitionen im Finanzvermögen, auf die wir insbesondere für die vom Stadtrat nach dem Ja zum wohnpolitischen Grundsatzartikel beschlossene neue Wohnpolitik angewiesen sind.

Weil die Stadt Zürich ein strukturelles Defizit hat, bleiben auch mit der von der AL geforderten Steuerfusserhöhung Sparmassnahmen notwendig.

- Angesichts des im Vergleich mit anderen Polizeikorps hohen Personalbestandes muss die Stadt-polizei den Ausbau der Uniformpolizei durch interne Umlagerungen realisieren. Wenn wir zwischen 100 mehr bezahlbaren Betreuungsplätzen und einer Erhöhung der Stapo-Ausgaben um 3,3 Mio wählen können, entscheidet sich die AL für die Betreuungsplätze.
- Die Belastung der Stadtkasse mit Leuchtturmprojekten hat das Tragbare überschritten. Deshalb fordern wir, dass mit dem Kongresszentrum jenes Projekt sistiert wird, für das noch keine Planungsmillionen ausgegeben worden sind.
- Gleichzeitig gilt es bei den Bauprojekten verlorenes Vertrauen in die Fähigkeit der Verwaltung, gut und günstig zu bauen, zurückzugewinnen. Deshalb beantragt die AL den Aufbau eines sich am IT-Controlling orientierenden, unabhängigen Baucontrollings.
- Schluss sein muss schliesslich auch mit der unsäglichen Praxis der Stadt Zürich, privaten Immobilieninvestoren mit von den Steuerzahlerinnen finanzierten Infrastrukturbauten die Rendite aufzupolieren. Die 15 Millionen Franken, die der Stadtrat in den kommenden drei Jahren für den Pfingstweidpark ausgeben will, müssen grossmehrheitlich von Mobimo und Co finanziert werden.